

Herr Puffe (CDU-Fraktion) erläuterte den Antrag.

Der Vorsitzende machte den Vorschlag, den Beschlussvorschlag in „beantragen wir, Folgendes zu prüfen“ zu ändern.

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) sagte, bei dieser Formulierung würde wieder einige Zeit verstreichen, bis etwas umgesetzt werde. Man lege deshalb Wert darauf, zwischen zu prüfenden Punkten und Punkten, die man direkt umsetzen könne, zu differenzieren, und schlage vor, die Punkte einzeln durchzugehen.

Herr Metz (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bat darum, zu bedenken, dass man mit jeder Maßnahme auch einen Präzedenzfall und stadtweit die Erwartungshaltung schaffe, dass man überall dort, wo eine ähnliche Problemlage herrsche, mit gleicher Intensität vorgehe. Dieser Erwartungshaltung könne die Verwaltung mit den derzeit zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht gerecht werden.

Herr Züll (FDP-Fraktion) schloss sich dem an.

Herr Nettessheim (SPD-Fraktion) regte an, solche Dinge generell auf dem kleinen Dienstweg zu regeln anstatt im Ausschuss darüber zu beraten.

Im vorliegenden Fall halte er es für richtig, der Verwaltung einen Prüfauftrag mitzugeben, damit diese entscheiden könne, welche Maßnahmen wo angebracht seien.

Frau Feld-Wielpütz gab an, man habe auf dem kleinen Dienstweg keinen Erfolg gehabt, es bestehe aber akuter Handlungsbedarf. Die Situation im Bereich Lochnerstraße/Cranachstraße sei schlimm, was den ruhenden Verkehr betreffe. Dies führe auch zu vermehrtem Parken in der Rethelstraße. Die Verkehrssituation sei mehr als unübersichtlich. Es sei zu befürchten, dass etwas passiere, denn in dem Neubaugebiet gebe es viele auf der Straße spielende Kinder.

Herr Puffe ergänzte, auf dem kleinen Dienstweg habe man lediglich erreicht, dass ein Stellplatz eingezeichnet worden sei.

Herr Gleß sagte, die Punkte 1-4 könne er nachvollziehen. Der Ausschuss sei nicht befugt, die Umsetzung zu beschließen. Er könne jedoch dem Ordnungsamt als Anordnungsbehörde einen Prüfauftrag erteilen mit der Bitte, die Maßnahmen bei positivem Prüfergebnis umzusetzen. Für die Punkte 5 und 6 brauche es keinen Prüfauftrag, hier reiche ein Beschluss. Was Punkt 6 betreffe, empfehle er, dem Ordnungsamt die Entscheidung zu überlassen, wo genau die Messung sinnvoll sei. Punkt 7 erfordere einen Prüfauftrag.

Der Beschlussvorschlag wurde dementsprechend geändert.

Herr Puffe merkte abschließend an, dass die E-Mail des Ordnungsamtes bezüglich des eingezeichneten Stellplatzes den Hinweis enthalten habe, dass, wenn dies nicht ausreiche, Punkt 7 umgesetzt werde. Dies sei vor drei Monaten gewesen, so dass er um zügige Umsetzung bitte.

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss: